



Ernüchternde Nachtwache

Die Ergebnisse des Klimagipfels von Buenos Aires

Positive Momente in der Klimapolitik haben leider meistens nicht lange Bestand. Nur knapp drei Wochen vor der jährlichen Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 10) hatte Russland seine Ratifikationsunterlagen für das Kyoto-Protokoll bei den Vereinten Nationen hinterlegt, wodurch das Protokoll für die bisher 140 Mitgliedstaaten am 16. Februar 2005 völkerrechtlich verbindlich wurde. Man durfte also auf neuen Schwung für die Verhandlungen hoffen, die während der letzten beiden Jahre in Erwartung der russischen Ratifikation, einem Kaninchen beim Anblick der Schlange gleich, in eine Art Starre verfallen waren.

Gastgeber Argentinien hatte denn auch große Pläne: COP 10 sollte zur „Adaptation COP“ werden, also sich insbesondere der Unterstützung für die von der Klimaerwärmung besonders betroffenen Länder widmen. Zudem wollte man auf dem durch das Kyoto-Protokoll eingeschlagenen Pfad der Emissionsminderung ein Stück weiter gehen. Bisher sind dort nur (moderate) Reduktionspflichten für die Industrieländer für den Zeitraum 2008-2012 verankert. In Buenos Aires galt es, Verhandlungen für die Folgezeit den Boden zu bereiten. Nach anfänglicher Euphorie über das bevorstehende Inkrafttreten des Protokolls fielen die Verhandlungen jedoch bald wieder in alte Muster zurück und die üblichen Verdächtigen verfolgten ihre klassischen Blockadestrategien.

„Talks about talks about talks“

Um einen ersten Austausch von Positionen zu den nächsten Schritten im internationalen Klimaschutz zu ermöglichen, hatte Argentinien mit Unterstützung der EU vorgeschlagen, zwei „Post-2012“-Seminare abseits der offiziellen Verhandlungen zu beschließen. Doch selbst diese recht unverbindliche Initiative, die von dem niederländischen EU-Chefunterhändler zutreffend als „talks about talks about talks“ bezeichnet wurde, stieß auf erbitterten Widerstand. Viele der südlichen Länder befürchteten,

dass in den Seminaren eine Ausweitung von Minderungspflichten über die Industrieländer hinaus vorbereitet werden würde. Nicht zuletzt Brasilien, China und Indien, und damit nahezu alle „Großen“ unter den südlichen Ländern, wandten sich gegen die Seminare. Am deutlichsten trugen jedoch die USA, unterstützt von ihrem traditionellen Mitblockierer Saudi-Arabien, ihre Ablehnung vor. Für sie sei, wenn überhaupt, nur ein Seminar denkbar, auf dem sich über bestehende Klimaschutzaktivitäten ausgetauscht werde und von dem keinerlei Berichterstattung zur nächsten COP (und damit keine Folgewirkung) erfolgen dürfe.

Gegenüber dieser Phalanx wurde die EU im Wesentlichen nur von den kleinen Inselstaaten unterstützt, die aufgrund der zu erwartenden Meeresspiegelerhöhung mit am stärksten von der Klimaerwärmung betroffen sind, wenn auch einige andere südliche Staaten wie Südafrika im Verlaufe der Konferenz ebenfalls ihre Skepsis überwand. Nach langen Beratungen hinter verschlossenen Türen, die sich bis in den Morgen des Samstags nach dem eigentlichen Konferenzende hingen, wurde schließlich beschlossen, dass parallel zum nächsten Treffen der Klimadiplomatie im Mai 2005 (SB-22) ein eintätiges Seminar stattfinden soll. Eine äußerst vage Formulierung ermöglicht auch die Diskussion über die Fortentwicklung des Klimaregimes - nicht ohne jedoch mehrmals im Beschluss darauf hinzuweisen, dass das Seminar keinerlei Einfluss auf zukünftige Verhandlungen haben dürfe. Ein Bericht an die nächste COP ist daher auch nicht vorgesehen. Ein mehr als enttäuschendes Ergebnis, das die anstehenden Herausforderungen bei den Verhandlungen um ein „Post-2012“-Abkommen ahnen lässt.

Anpassung an das nicht mehr Vermeidbare

Gekoppelt an den „Seminar“-Beschluss wurde die Frage der „Anpassung an den Klimawandel“ verhandelt. Berichte von indigenen Bevölkerungsgruppen einerseits und wissenschaftliche Untersuchungen andererseits betonten auf der Konferenz immer wieder die Dringlichkeit schnellen Handelns, da bereits heute in einigen Regionen das (kulturelle) Überleben von lokalen Gemeinschaften gefähr-

det sei. Dementsprechend forderte die Mehrzahl der südlichen Länder wiederholte wirksame Unterstützung bei der Anpassung an die Klimaerwärmung. Tatsächlich galt es hier, ungemachte Hausaufgaben nachzuholen, denn Saudi-Arabien torpediert diese Verhandlungen traditionellerweise dadurch, dass es für die Erdöl fördernden Staaten ebenfalls Unterstützungsleistungen einfordert, um möglicherweise aufgrund von Klimaschutzaktivitäten rückläufige Exporteinnahmen zu kompensieren. Das Ergebnis ist eine regelmäßige Blockade, denn in den Geberstaaten ist es schlicht politisch nicht durchsetzbar, Unterstützung für die reichen OPEC-Staaten zu leisten.

Das letztlich beschlossene „Arbeitsprogramm von Buenos Aires“ beinhaltet daher wie schon die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll nicht nur Maßnahmen zur Unterstützung der wenigsten entwickelten Länder (LDCs), sondern auch Zugeständnisse an die OPEC. Im Lichte der Verhandlungen ist man jedoch fast geneigt, von einem Erfolg zu sprechen, da viele der ursprünglichen OPEC-Forderungen keinen Eingang fanden. Zudem sind in der gefällten Entscheidung die beiden Punkte Anpassung an den Klimawandel und Anpassung an die Auswirkungen von Klimaschutzaktivitäten erstmals auseinander dividiert. Angesichts der erneuten Vertagung zweier Beschlüsse zur Operationalisierung bereits bestehender Anpassungsfonds kann das Prädikat „Adaptation COP“ dennoch nur mit Bauchschmerzen verliehen werden.

Licht am Ende des Tunnels?

Trotzdem lassen sich einige positive Entwicklungen berichten. In der „G 77 & China“, der Verhandlungsgruppe der südlichen Länder, beginnen vermehrt die von der Klimaerwärmung betroffenen Staaten ihre Interessen zu artikulieren. Bisher war die Gruppe dominiert von den Interessen der OPEC und der „großen“ Länder. In Buenos Aires widersprachen neben der Allianz der kleinen Inselstaaten auch die LDCs und sogar Indonesien den OPEC-Positionen bei den „Anpassungs“-Verhandlungen und einige Länder unterstützten auch die Idee der Seminare. Diese Entwicklung eröffnet die Aussicht auf „grüne“ Vorreiterallianzen mit der EU, die zum Motor der anstehenden Post-



2012-Verhandlungen werden könnten. Auch aus den USA wurde Positives berichtet, betreiben doch einige Bundesstaaten und Unternehmen eine durchaus ambitionierte Klimaschutzpolitik. Wie in vielen anderen Politikfeldern ist die klimapolitische Position der US-Administration weit entfernt davon, einen landesweiten Konsens widerzuspiegeln. Solche „bottom up“-Initiativen dürften mittelfristig auf die nationale Ebene ausstrahlen und auf die-

se Weise die Re-Integration der USA in den Kyoto-Prozess vorbereiten.

In diesem Jahr wird sich zeigen, inwiefern COP 10 vielleicht nur die Ruhe vor dem Sturm war. Neben COP/MOP 1 im November eröffnen auch die G8-Präsidentschaft durch Großbritannien sowie die „Renewables“-Folgekonferenz in China Möglichkeiten für einen Aufbruch in der Klimapolitik. Ein Aufbruch, der angesichts alarmierender Berichte aus der Kli-

mawissenschaft nicht allzu lange auf sich warten lassen sollte. Doch die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt.

Bernd Brouns/ Wolfgang Sterk

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Ein ausführlicher COP 10-Bericht und weitere Informationen finden sich auf der „COP 10 Webseite“ des Wuppertal Instituts unter <http://www.wupperinst.org/cop10>.